

# Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckverlag: Tagesblatt-Verlag,  
Grunz Nr. 20.

Das Rieser Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Kontraktamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1334  
Postfach Riesa Nr. 22.

Nr. 56.

Donnerstag, 6. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 3 Mark 50 Pf., einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverletzungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Grundpreis** für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift, Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. **Bemittelter Rabatt** erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe von Bestellungen im Voraus, Zahlungsort: Riesa. **Verlagsort**: Riesa. **Verleger**: Tagesblatt-Verlag, Riesa. **Verantwortlich** für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der kritische Stand der Reparationsfrage.

Von unserem Berliner Vertreter.

Von außenpolitischer Seite erfahren wir, daß die Sachverständigen die Herausgabe der Gutachten um einige Tage hinausgeschoben haben. Die deutsche Regierung ist inzwischen davon verständigt worden, daß der Sachverständigenbericht, bevor er der Reparationskommission unterbreitet wird, den beteiligten Regierungen, also auch der deutschen, zugestellt werden soll. Die deutsche Regierung wird dadurch in die Lage versetzt, sich in einem Memorandum zu den Gutachten der Sachverständigen zu äußern und die deutsch-konkrete Auffassung zu den einzelnen angeführten Problemen darzulegen. Im Auswärtigen Amt ist man der Überzeugung, daß die deutsche Regierung bei Beginn der internationalen Erörterungen über den Sachverständigenbericht einen sehr sachlichen Meinungsstandpunkt einnehmen wird, denn ein großer Teil der von den Sachverständigen vorgeschlagenen Lösungen wird eine schwere Belastung für das Deutsche Reich und insbesondere eine harte Beschränkung seiner Souveränität bedeuten. Schon diese unzulässigen Informationen von Berliner maßgebender Seite deuten auf Schwierigkeiten hin und bereiten darauf vor, daß die ersten Ansichten über die günstigen Vorwürfe der Sachverständigen für Deutschland doch revidiert werden müssen. Immer mehr erstarkt der Glaube, daß wir keinen Optimismus, wenn gleich einen nicht allzu großen Optimismus in die Hände der Sachverständigen setzen können. Ihre Objektivität ist nicht anzuzweifeln, aber wir haben doch zu berücksichtigen, daß im Sachverständigen-Ausschuß Vertreter mehrerer Länder vorhanden sind, die, wenn auch ungenau, in der letzten Konsequenz die Vorteile ihrer Länder im Auge haben müssen und daher den berechtigten deutschen Wünschen nicht in dem Maße Rechnung tragen können, als es die deutsche Regierung verlangt, die in ihrer Einstellung behauptet, der deutsche Standpunkt sei durch die Entwicklung und durch die Tatsachen so erhärtet, daß er auch der Standpunkt objektiver Sachverständiger sein dürfte.

Nach einer Pariser Mitteilung sollen bei den letzten Besprechungen der Sachverständigen mit dem Reichshandelspräsidenten Dr. Schacht die ersten erheblichen Differenzen bemerkbar geworden sein, die in Verbindung mit der von Berliner maßgebender Stelle vorliegenden Information, die Annahme vollst. Berechtigungen, man tue gut, sich auf wenig erfreuliche Eröffnungen der Sachverständigen einzustellen. In dieser Verbindung soll es die Finanzkontrolle gewesen sein, die von Deutschland abgelehnt, von den Sachverständigen aber dennoch gefordert wird und die Dr. Schacht als unannehmbar bezeichnete. Die Sachverständigen scheinen in diesem Konflikt zu suchen und ihren Bericht nicht so zu fassen zu wollen, daß dadurch von vornherein das deutsche Zugeständnis erschwert wird. Sie haben deshalb den Reichshandelspräsidenten beauftragt, sich nach Berlin zu begeben, um über die Frage der Finanzkontrolle dort noch einmal zu verhandeln, um den Ansichten der Sachverständigen ein Gegenentkommen deutscherseits übermitteln zu können.

Indessen: nicht, was in der Sachverständigen-Kommission erörtert wird, allein deutet auf eine Lösung der außenpolitischen Lage hin. Man ist in den letzten Tagen geneigt, auch den Briefwechsel Poincarés und MacDonalds nach der Richtung hin zu sehen, daß zwischen den beiden Ländern eine Verständigung zugunsten Deutschlands geplant sei. Es scheint nur an Frankreich zu liegen, ob es den englischen Plänen näher treten will, was freilich unter gewissen Konzeptionen erfolgen muß.

England bezweckt, wie sich aus einer Londoner Mitteilung ergibt, die man als authentisch ansehen kann, die Verständigung mit Frankreich, um leichter zur Lösung des Reparationsproblems zu gelangen und vor allem, um die Stimme der übrigen Reparationsmächte möglichst auszusprechen. Hierbei spielt besonders die Haltung Italiens eine Rolle, das nach offensichtlichem Zugeständnis bestrebt ist, durch seine Stellung in der Reparationsfrage sich einen besonderen Gewinn sichern zu lassen. Man erzählt, zwischen Italien und Frankreich haben Verhandlungen nach dieser Richtung hin stattgefunden und Musolini sei mit Forderungen aufgetreten, die selbst den Franzosen zu hoch gewesen sind für den Kauf der italienischen Stimme. Italien droht nun, falls Frankreich die italienische Unterstützung in der Reparationsfrage nicht durch weitgehende Zugeständnisse materieller und politischer Art bezahlen will, sich auf die Seite Englands zu schlagen, anscheinend, weil es dann hofft, von England größere Vorteile zu erlangen. Die Londoner Blätter behaupten, sich für diese italienische Einstellung verbürgen zu können. Folgt man ihrem Erkenntnis, so ergibt sich die tief traurige Erkenntnis, daß die Reparationsfrage von den Reparationsmächten nicht nach sachlichen Gesichtspunkten gelöst werden soll, auch heute nicht nach jahrelangen Verhandlungen und jahrelangen Kämpfen, sondern lediglich nach dem Vorteil der einzelnen Mächte. Wir sind aus seit Jahren darüber klar, daß aus der deutschen Haut schließlich immer Bluten geschneitten werden sollen, hatten aber inzwischen uns zu der Auffassung bekehrt, die Lehren der letzten Zeit seien auch an den Alliierten nicht vorüber gegangen. Um so himmelstürmischer wirken die Enthaltungen, die uns jetzt überfallen in einer Zeit, da die Sachverständigen die Lösung der Reparationsfrage anstreben. Man muß die Haltung der alliierten Mächte mit der Haltung der Sachverständigen in Übereinstimmung bringen. Dann gewinnt man die Überzeugung, daß trotz der verbesserten außenpolitischen Lage sich die Sachverständigen für Deutschland

entfernen, einmal, soweit sie aus den Sachverständigen-Vorschlägen kommen, sodann, soweit sie immer deutlicher aus der Haltung der alliierten Mächte werden.

## Politische Gefahren für das Rheinland.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Die Vertreter des besetzten Gebietes hielten am Mittwoch im Reichstag eine Besprechung ab, an der Vertreter der Reichsregierung und Abgeordnete des Reichstages teilnahmen. Es wurde vor allem darüber gesprochen, wie im besetzten Gebiet die Reichstagswahlen ermöglicht werden sollten. Ein großer Teil der Vertreter stellt sich neuerdings auf den Standpunkt, daß die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Rheinlandkommission über die Ermöglichung der Wahlen so aussichtslos seien und jedenfalls so lange verschleppt werden würden, daß man den Termin der Neuwahlen nicht davon abhängig machen könne. Vielmehr solle sich die Reichsregierung an den Standpunkt halten, daß die Vernahme der Reichstagswahlen zu den Souveränitätsrechten Deutschlands auch im besetzten Gebiet gehöre, die weder von dem Verfallener Vertrag, noch durch das Rheinlandabkommen beeinträchtigt seien. Möglicherweise werde England sich auf denselben Standpunkt stellen. Von anderer Seite wurde betont, daß man jedoch es nicht riskieren würde, die Wahlen im besetzten Gebiet ganz zu vermeiden zu lassen, da diese Gebiete dadurch um die berechtigten Vertretung ihrer politischen Interessen gebracht würden. Vielmehr müsse sofort bei der Reichsregierung ein Plan ausgearbeitet werden, wie für diesen Fall im besetzten Gebiet eine angemessene Vertretung im Reichstag gesichert werden könne. Auf letzteren Standpunkt stellt sich besonders die Sozialdemokratie. Ueber die Einzelheiten eines solchen Entwurfes soll noch weiter mit der Reichsregierung verhandelt werden. Gegenüber vereinigt ausgesprochenen Befürchtungen, daß die englische Regierung dem französischen Wunsch auf Internationalisierung des Rheinlandes unter Aufsicht des Völkerbundes oder zum mindesten der Lösung des Rheinlandes von dem deutschen Volkstum nachgeben könne, wurde von Regierungsseite versichert, daß die Reichsregierung niemals ihre Einwilligung zu einem solchen Abkommen geben würde. Man beschloß, über all diese laufenden Fragen auch nach einer eventl. Auflösung des Reichstages eine ständige Fühlnahme mit den Fraktionen und der Reichsregierung aufrecht zu erhalten und die Reichsregierung sagte zu, keinen entscheidenden Schritt ohne das Einverständnis mit den Vertretern der besetzten Gebiete zu unternehmen.

## Immer noch Drangsalierungen in der Pfalz.

Wirmosens. Die bliesigen Zustände scheinen einer neuen Katastrophe zugrundezugehen, wenn nicht bald die Sonderkommission der Rheinlandkommission nach dem Rechten sieht. Die Verhaftung unschuldiger Bürger durch die Wehrungsbehörden dauert an. Die Verhafteten werden zum Teil von den französischen Dolmetschern und Gendarmen mißhandelt. Der Techniker Jakob Weder wurde von einem französischen Dolmetscher so fürchterlich gefoltert, daß er eine ganze Nacht demutlos war und dann tobtötlich wurde. Die in das Militärgefängnis in Mainz verbrachten Bürger wurden in Ketten zum Bahnhof transportiert, was bei der Bevölkerung ungeheure Erregung hervorrief. Der Stadt wurde mit der Verhaftung von 100 Weibern gedroht, wenn die Separatisten irgend etwas geschähe. Unter dem Schutz der französischen Delegation wird das Vultreten der Separatisten täglich herausfordernder. Sie gehen im Rathaus aus und ein, wo ihnen das frühere Wachtlokal der deutschen Polizei von den Franzosen zugewiesen worden ist.

## Eintägige Baule im Hitler-Prozess.

München. Nachdem am Dienstag abend die Vernehmung des Waltes a. D. Huber und des Apothekers Straßer, der Vertreter des Kampfbundes in Vogreuth und Landsbut, in nichtöffentlicher Sitzung durchgeführt worden war, kam der Gerichtshof mit den Verteidigern überein, den Mittwoch Sitzungspause zu lassen. Die Verhandlungspause hat sich als notwendig herausgestellt, nachdem nunmehr die Beweisaufnahme über die Beteiligung der Infanterieschule und über die Tätigkeit des Oberamtmanns Dr. Fried beendet und in die Beweisaufnahme über die eigentliche Vorgeschichte und den Verlauf des Novemberputsches eingetreten werden soll.

## Der Kampf um die Arbeitszeit.

Der Streit in den Ruderswerken in Gießen um die Arbeitszeit ist in ein neues Stadium getreten. Die Entscheidung der Metallarbeiter über die Abkürzung der Arbeitszeit, die tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden herabzusetzen, führte zu starken Ausschreitungen gegen die etwa 200 Mann betragenden Arbeitswilligen. Um das Werk und die Arbeitsmöglichkeit zu schützen, wurde von der Regierung eine Hundertschaft Schutzpolizei in das Eisenwerk beordert. Die Zahl der Arbeiter in der Wabischen Klink- und Sodafabrik in Ludwigshafen, die der Ausföhrung der neunständigen Arbeitszeit passiven Widerstand entgegensetzte, hat erheblich zugenommen und beträgt rund 20000. Heute vormittag findet eine von radikaler Seite einberufene Versammlung der Arbeiter statt, die über die Möglichkeit eines Streikes beraten soll. — Der vom Schlichtungsausschuß gestellte Schiedsspruch über die Regelung der Arbeit auf dem Wabener Sodawerk, wonach ein Zweischichtbetrieb, d. h. ein Zwölfstündentag eingeführt werden soll, ist von der Belegschaft, die seither darüber abstimmte, abgelehnt worden.

## Einigung zwischen Regierung und Koalition.

Berlin. In der Besprechung, die der Reichsminister nach der Einsetzung am Mittwoch mit den Führern der Koalitionsparteien hatte, ergab sich zwischen der Regierung und den vier Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten, **offizielle Einkimmigkeit** über den modus procedendi in den gegenwärtigen parlamentarischen Auseinandersetzungen über die Notverordnungen der Reichsregierung. Die Reichsregierung wird sich hierbei die Führung nicht aus der Hand nehmen lassen. Sie wird also bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen, die sich aus dem Ausgange des Meinungsstreites für sie als unumgänglich erweisen würden. Hiernach dürfte es von der Haltung der Opposition abhängen, ob sich die Regierung zur Durchführung ihrer Absicht anzuwenden sieht. Im ganzen ist dadurch der Ausgang immer noch im Unklaren, denn es bleiben immer noch andere Möglichkeiten als die der Auflösung des Reichstages offen. Es kann sein, daß die Entscheidung noch vor Ende dieser Woche fällt, ebenso ist denkbar, daß sich die Debatte im Reichstage noch bis zur nächsten Woche ausdehnt. Falls die Auflösung des Reichstages schon in diese Woche, so könnten die Neuwahlen am 6. April stattfinden. Kommt ein Ergebnis erst in der nächsten Woche zu Stande, so würde der Wahltermin noch ungewiß sein, da am 13. April, dem Palmsonntag, die Landbevölkerung wegen der an diesem Tage stattfindenden Konfirmation die Wahl als unerträglich empfinden würde.

## Die Sozialdemokraten verharren auf ihrem Standpunkt.

Berlin. Nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Vormittag den Bericht des Abgeordneten Müller-Franken über die parlamentarische Lage entgegengenommen hatte, setzte sie am Abend ihre durch die Plenarsitzung unterbrochenen Besprechungen fort. Sie gelangte jedoch nach längerer Diskussion nicht zu den neuformulierten Beschlüssen. Die Fraktion hält nach wie vor an der Forderung ihrer Anträge an den Notverordnungen der Regierung fest. Für die Debatte im Plenum des Reichstages bestimmt sie ihren dritten Redner, den Abgeordneten Scheidemann.

## Die Goldkreditbank voraussichtlich Anfang April.

Berlin. Wie die A. L. erklärt, dürfte die deutsche Goldkreditbank, die in Amsterdam gegründet werden soll, ihre Tätigkeit in den ersten Tagen des April aufnehmen.

## Das neue Wahlverfahren gefordert.

In einer aufbelegten Verammlung der neuen Republikanischen Partei Deutschlands wurde eine Entschließung angenommen, in der der scharfe Einspruch gegen die Nichtberatung der neuen Wahlrechtsvorlage vor den Neuwahlen erhoben wurde. Das bisherige Vorkonstitut wird darin als mangelhaft und der Weimarer Verfassung, die ein unmittelbares Wahlrecht vorsieht, für widersprechend erklärt. In der Satzung der Wahlreform liegt ein Angriff des Parteibürokratie gegen die Rechte der Wähler. Es wird von allen Anhängern des parlamentarischen Systems gefordert, alle Kräfte anzuwenden, um die Anwendung des neuen Wahlrechts noch für die kommende Reichstagswahl zu erzwingen, damit der neue Reichstag eine wirkliche Vertretung des deutschen Volkes und nicht wieder ein Instrument der Parteibürokratie und der Interessengruppenverbände wird.

## Der Völkerbund fordert die Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Paris. Marschall Foch hat gestern vormittag der Vorkonferenz den Bericht des interalliierten Militärkomitees aus der Pfalz über das englische Memorandum vom 25. Februar mitgeteilt. Nach Annahme von zutreffender Seite befürwortete Marschall Foch die englischen Anregungen hinsichtlich der Wiederaufnahme der Kontrollbefugnisse. Die Vorkonferenz hat nach Anhörung Fochs eine Antwort auf die deutsche Note vom 9. Januar 1924 angefertigt, die in den nächsten Tagen nach Berlin befördert werden wird. Sie enthält die Forderung, daß die Wiederaufnahme der interalliierten Militärkontrollen vorläufig weiter von der Mission Nollet ausgeführt werden soll. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß ihre Wirkung durch ein interalliiertes Garantiefomitee vorläufig noch nicht in Frage komme. Zu der Einsetzung dieses Komitees wird man erst schreiten, sobald Deutschland die bekannten fünf Bedingungen, die in dem im November 1923 zwischen der deutschen Regierung und der Vorkonferenz ausgetauschten Noten erwähnt wurden, erfüllt hat. Diese Bedingungen beziehen sich bekanntlich auf verschiedene Fragen der Abrüstung der Einwohnerwehren, von Aufmarschplänen, Neuorganisation der Polizeitruppen etc.

## Internationale Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Genf. Gestern sind hier die Vertreter der wichtigsten protestantischen, katholischen, israelitischen und nichtkonfessionellen internationalen Verbände für den Auswärtigen Dienst auf Grund einer Einladung des internationalen Verbandes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammengetreten. Es soll eine gemeinsame Aktion bei der internationalen Konferenz der Aus- und Einwanderungsländer, die von der italienischen Regierung nach Rom einberufen worden ist, erfolgen. Ein händiges Komitee tritt im April zusammen, um die Frage weiter zu behandeln.